

Spaltung der Gesellschaft – Nötigung der Menschen

Die Verordnung, dass Geimpften mehr Freiheiten einzuräumen seien, dient einerseits dazu, die Menschen in unserem Land weiter zu spalten und andererseits die Menschen zu nötigen, sich am größten Humanexperiment aller Zeiten mit ungewissem Ausgang zu beteiligen.

Den „Verschwörungstheoretikern“ gehen so langsam die „Verschwörungstheorien“ aus. Sie hatten genau das vorausgesagt und wurden als Verschwörungstheoretiker beschimpft.

Hier ist noch eine vollkommen absurde und vollständig aus der Luft gegriffene Theorie:

Die Regierung wird diejenigen, die sich am größten Humanexperiment aller Zeiten mit ungewissem Ausgang nicht beteiligen wollen, für den weiteren Lockdown und für alle entstehenden Schäden verantwortlich machen und somit die eigene Verantwortung für die Zerstörung unseres Landes auf diese Menschen abwälzen. Die Regierung wird sie mit Hilfe der Medien gesellschaftlich ächten, den Hass auf sie schüren, bis wir in Läden Schilder mit folgender Aufschrift sehen werden:

„Ungeimpfte werden hier nicht bedient!“
Kommt mir leider bekannt vor.

Natürlich ist das, wie schon erwähnt, nur eine absurde Theorie, fernab jeglicher Realität! Es gibt keinerlei Anzeichen, keine derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Annahme rechtfertigen, dass an der oben beschriebenen, vollkommen absurden Theorie auch nur das Geringste dran ist.

Keine Verschwörungstheorie ist übrigens, dass Biontech allein im 1. Quartal 2021 1.100.000.000 (1,1 Milliarden) Euro Gewinn gescheffelt hat.

Karsten Hilse, MdB

Das Grundgesetz wurde beerdigt

Der 1. Senat des BVerfG unter dem neuen Vorsitzenden Stephan Harbarth hat nach Ansicht führender Verfassungsrechtler das Grundgesetz in seinen Kernelementen beerdigt.

Die Richter taten dies, indem sie das Föderalismusprinzip als Element der Gewaltenteilung, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip mit inhaltslosen „Klimaschutz“-Begründungen in Frage stellten. Von jetzt an darf die Regierung, wie beim Infektionsschutzgesetz nach Belieben Freiheitsrechte einschränken, weil, so die Richter, „Künftig selbst gravierende Freiheitseinschränkungen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein können.“

Sie eröffnen damit einen Freibrief für alle bestehenden und noch geplanten Maßnahmen, die der Reduktion von CO₂ Emissionen dienen und dafür grundgesetzlich garantierte Freiheitsrechte auszuhebeln. Gestern diente der beliebig manipulierbare Inzidenzwert dazu, morgen wird es das Pariser 2 Grad-Ziel sein. Die Richter machen einfach mal den Art. 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere) durch Umdeutung zu einem Klimaschutzartikel (Klimaschutz wird gar nicht erwähnt) und rechtfertigen alle möglichen Arten der Freiheitsberaubung. Eigentlich ist der Art. 20a GG die stärkste Waffe, um die Verfassungswidrigkeit der mit Klimaschutz begründeten Energiewende und der damit einhergehenden Umweltzerstörung zu begründen.

Aber so wie diese Regierung und ihre Helfershelfer den Menschen in orwellischer Art erzählen, dass Zwang Freiheit, Mangel Reichtum, Flatterstrom Versorgungssicherheit, Insolvenz Solidarität und Spaltung Einheit ist, so erzählen sie uns, dass Umweltzerstörung Umweltschutz sei. Was für eine Perversion.

Der Rechtswissenschaftler Professor Josef Franz Lindner sagt dazu:



„Der Klimaschutz wird zum Superverfassungsgut erklärt, erhält durch dieses Urteil ein solches Gewicht, dass er nahezu jegliche Grundrechtseinschränkungen rechtfertigen kann.“

Bisher unvorstellbare Eingriffe werden somit juristisch legitimiert. Die Bundesregierung kann den Bundesbürgern zukünftig verbieten, in den Urlaub zu fliegen, Auto zu fahren oder gar Fleisch zu essen. Selbst Entweignungen werden möglich. Die beteiligten Richter geben den Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung klar zu verstehen, dass sie bisher undenkbbare Freiheitsberaubungen für den „Klimaschutz“ mittragen werden.

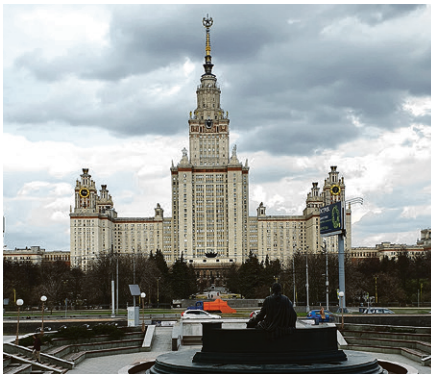
Was sich anhört wie eine Horrorszene in fern geglaubten kommunistischen Regimen, könnte also auch hierzulande bald zum Alltag werden.

Wenn Sie anstatt dieser Dystopie Freiheit und Demokratie wollen, verhindern Sie, dass die grünen Kommunisten im September die Regierung übernehmen und wählen sie und ihre potentiellen Koalitionspartner im September ab.

Karsten Hilse, MdB

**NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.**

Volles Programm beim Russland-Besuch Ende der Sanktionspolitik gefordert



Sachsens AfD-Chef Jörg Urban besuchte im April mit einer Delegation der sächsischen Staatsregierung die russische Hauptstadt Moskau. Das Besuchsprogramm war dicht gepackt. So wurde beispielsweise in der Lomonosow-Universität eine Kooperationsvereinbarung mit der Dresdner Uniklinik unterzeichnet. In verschiedenen Gesprächsrunden fand ein Austausch mit Vertretern halbstaatlicher Organisationen wie Menschenrechtsbeauftragte, Ökologische Bewegung, der ehemaligen russischen Vertreterin im NATO-Russlandrat, sowie mit einer Vertreterin eines Beirates für strategische Ressourcenplanung statt.

Ein weiterer Höhepunkt war die Ausstellungseröffnung „Träume von Freiheit, Romantik in Russland und Deutschland“. Sie kommt im Oktober nach Dresden.

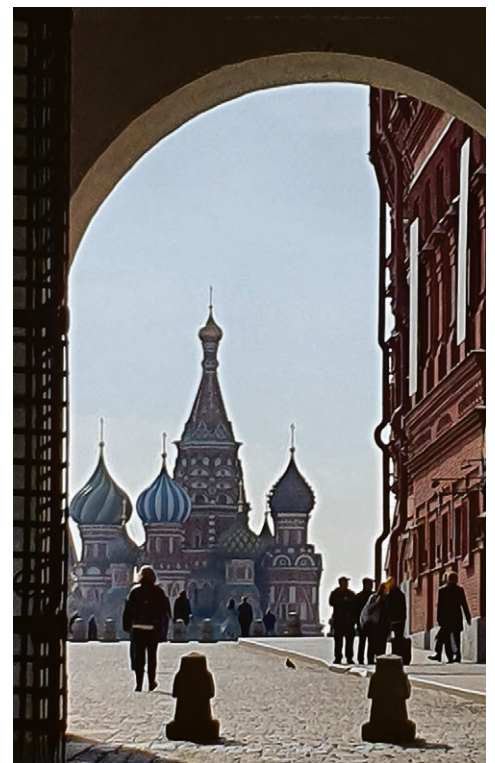
Außerdem standen Treffen mit den Leitern deutscher Einrichtungen in Russland auf dem Plan: mit dem deutschen Botschafter, dem Leiter der Deutschen Schule, der Leiterin des Goetheinstitutes und der Leiterin des Deutschen Historischen Institutes. Die beiden letztgenannten Einrichtungen haben seit der Verhängung der Sanktionen und dem Ukraine-Konflikt erschwerte Arbeitsbedingungen. Bei einem Treffen mit einem der Stellvertreter des Wirtschaftsministers begegnete man der sächsischen Delegation mit Interesse, obgleich dabei durchaus unterschiedliche Auffassungen zutage traten. Vertreter der russischen und der sächsischen Wirtschaft beklagten die verschlechterten Rahmenbedingungen für gemeinsame Geschäfte seit der Einführung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und der darauf folgenden Gegensektionen von russischer Seite.

Außerdem traf sich Urban mit dem russischen Politologen Prof. Alexander Dugin und besuchte den Friedhof der deutschen Kriegsgefangenen. „Gerade Orte wie dieser sollten zum Pflichtprogramm deutscher Delegationen in Russland gehören. Sie erinnern uns daran, welchen Blutzoll die Völker Russlands und Deutschlands bezahlen mussten, weil Politiker die Konfrontation wollten.“, so Jörg Urban.

„Ich hoffe, es ist mir gelungen, bei den russischen und deutschen Gesprächspartnern deutlich zu machen, dass die AfD klar für ein sofortiges Ende der Sanktionspolitik steht, unabhängig davon, wie lange sich der Konflikt im Donbass noch hinzieht oder ob die Ukraine weiter von der Rückeroberung der Krim träumt.“, so Jörg Urbans Fazit der Reise.

„Russland darf nicht schlechter behandelt werden als andere Partnerländer wie China oder Saudi-Arabien, deren Menschenrechtslage und Demokratie aus unserer Sicht kritikwürdig ist, gegen die aber keine Sanktionspolitik betrieben wird.“

Jörg Urban, Mdl



Die Not ist groß! Nicht nur bei uns hier unten, sondern auch bei denen da oben. Wahrscheinlich sogar bei denen „ganz oben“.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde daher mit der dritten Novellierung des Infektionsschutzgesetzes die „Corona-Notbremse“ beschlossen. Dafür gab es sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat ohne größere Probleme die erforderlichen Mehrheiten. Auch das Bundespräsidialamt hat unverzüglich grünes Licht für die abschließende Unterschrift unseres Bundespräsidenten gegeben.

Aber der Reihe nach: Während wir hier unten im Februar 2020 angesichts der Bilder aus China, Norditalien und New York noch an die bevorstehende tödliche Pandemie glaubten, belehren uns die Todes-Statistiken 2021 eines anderen. Bis zum 23. März 2020 war das Land offen für alles: für den internationalen Verkehr, für die Migranten und für das ganze Volk. Heute stehen wir vor der Tatsache, dass trotz oder wegen des Dauerlockdowns 98,8 Prozent der Bevölkerung keine Corona-Grippe haben und das Corona-Notstandsgesetz einen mit dem Drogen-PCR-Test ermittelten Inzidenzwert von 100 definiert. Das bedeutet, wenn **0,1 Prozent** der jeweiligen Bevölkerungsgruppe - Stadt, Land, Staat – innerhalb einer Woche, inklusive Falschstrategie, positiv getestet wurde, greift vollumfänglich die Bundesnotstandsbremse.

Bundesnotbremse

Um das zu verstehen, bedarf es zusätzlicher Überlegungen. Könnte die Not der „Regierenden“ mittlerweile so groß sein, dass sie hoffen, mit diesem geschlossenen Vollzug des Bürgerlebens eine Explosion des Volkswillens verhindern zu können? Denn wenn es sich herausstellt, dass diese ganze Corona-Nummer nur ein **Hoax** (Schwindel) ist, werden selbst die Ängstlichsten unter den Verlierern dieser „Gesundheitspolitik“ Fragen stellen.

Mutmaßen wir andererseits, dass unsere „Regierenden“ nicht nur aus eigenem Antrieb handeln, sondern wegen ihres Glaubens an eine große Transformation, die von Klaus Schwab, dem WEF und dem Davos-Forum für unabdingbar gehalten wird, dann stellt sich folgende Frage: Warum wollen die 1000 Ultrareichen des WEF, die für die derzeit real existierenden Zustände verantwortlich sind, einen **Great Reset**? Die Antwort lautet: weil ihr Finanzsystem am Ende ist und die Welt, so wie sie sie bis jetzt organisiert haben, nicht mehr funktioniert. Und da wäre es doch hilfreich, wenn eine Epidemie supranationaler Tragweite für den „Ausbruch“ eines Finanztsunamis globalen Ausmaßes ursächlich wäre.

Der „Ausbruch“ eines größeren Krieges wäre natürlich noch dienlicher...

Christian F. Schultze

Blog: www.cfschultze.de

Der Dexit-Beschluss von Dresden: AfD-Parteitag stimmt für das einzig Logische, Rationale, Unvermeidliche

Am 9. April 2021 fasste das höchste Gremium der AfD folgenden, medial viel beachteten Beschluss:

„Zurückführung der EU – Austritt Deutschlands aus der EU:

Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, ließ uns erkennen, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.“

Schon 2019 hatte ein anderer Parteitag den Verbleib Deutschlands in der EU nur noch gebilligt, wenn bald unsere fundamentalen Reformforderungen zurück zu den Wurzeln der europäischen Einigung mit zollfreiem Handel und Personenfreizügigkeit in Europa (erreicht schon in den 1980ern durch die EWG/EG) erreicht würden. Dies ist ganz offenkundig nicht der Fall: Die EU entwickelt sich auf allen Feldern (Rechtsstaatlichkeit, finanzielle Stabilität, Migration, Bürgernähe) in die völlig falsche Richtung. Das hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt.

Schon 2016 forderte die AfD in ihrem Grundsatzprogramm den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro. Was damals auch innerparteilich noch etwas umstritten war, hat sich seitdem als absolut zwin-

gend und wählerwirksam herausgestellt. Seit 2016 ist der deutsche Anteil an der (täglich milliardenteuren) Rettung des Euro über Anleihekäufe der EZB, über den ESM, Target2 und seit 2021 nun auch noch über ein „Corona-Wiederaufbau“-Programm um über zwei Billionen Euro gewachsen! Der Vorteil der Wechselkursstabilität für unsere Exporte (der schon vor dem Euro innerhalb der EWG und des ECU weitgehend erreicht war), ist nun in jeder Hinsicht negativ überkompensiert durch diese riesigen Summen zur Euro-Dauerrettung!

Hinzu kommen die horrenden Nachteile Deutschlands durch die völlig verfehlte EU-Migrations- und Klimapolitik sowie die immer absurderen ideologischen Richtlinien der EU, die Deutschland durch seine Mitgliedschaft ohne Möglichkeit der Abwehr umsetzen muss. Die AfD ist die einzige Partei, die die absurde Gleichsetzung „EU = Europa“ ablehnt. EU-ropa ist etwas völlig anderes als Europa; es ist geradezu das Gegenmodell einer Stabilitäts- und Friedensgemeinschaft. Die AfD fordert nun die Reformation – will also zurück zu den Wurzeln der europäischen Einigung: einem Bund gleichberechtigter souveräner Nationalstaaten mit zollfreiem Handel und offenen aber kontrollierten Grenzen!

Mehr zum Thema in Videoform: <https://youtu.be/tZyggszelb0>

Peter Boehringer

Geld für Asyl verprasst – Rentner sollen es ausbaden!

Es gibt Nachrichten, die lassen einfach nur mit dem Kopf schütteln: „Rente mit 63 soll wieder weg“, titelte BILD und zitiert aus einem „Geheim-Papier der Union“. Es scheint also ausgemacht zu sein, die Regelung zu kippen, wonach abschlagsfrei mit 63 Lebensjahren in Rente gehen darf, wer 45 Jahre lang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat.

Wer einen Blick über die deutschen Grenzen wirft, wird feststellen, dass das Rentenniveau (nach 45 Beitragsjahren) in Österreich bei 80 Prozent liegt. Bei uns in Deutschland bei nur 48,2 Prozent. In den Niederlanden bekommen Angestellte über 100 Prozent ihres früheren Einkommens als Rente. In Frankreich können Arbeitnehmer bereits mit 62 Jahren in Rente gehen und erhalten 73,6 Prozent. Die Italiener genießen ihren Ruhestand nach 32 Jahren Arbeit und erhalten 91,8 Prozent. Wer in Griechenland im öffentlichen Dienst gearbeitet hat, kann im Alter von 56 Jahren den Ruhestand genießen. Das Rentenniveau in Deutschland liegt unter dem OECD-Durchschnitt: 58,6 Prozent! Im Osten bekommen 40 Prozent der Rentner, die über 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, nicht einmal 1000 Euro Rente im Monat!

Nun soll das hohe Renten-Eintrittsalter weiter nach oben geschraubt werden. Angeblich auch, weil sonst Fachkräftemangel drohe. Wir erinnern uns an die Begründung führender Altparteien-Politiker, als 2015 die Grenzen offen blieben und über eine Million so genannter „Flüchtlinge“ ins Land strömten. Sie würden helfen, den Fachkräftemangel einzudämmen. Inzwischen sieht die Realität so aus: Rund drei Viertel der in Deutschland ansässigen Syrer leben ganz oder teilweise von Hartz IV. Das sind 74,9 Prozent (Quelle: Bundes-

agentur für Arbeit). Das Märchen vom Fachkräftemangel, der durch Asyl-Einwanderung bekämpft wird, wird inzwischen schamhaft verschwiegen. Für diese völlig verfehlte Asylpolitik werden inzwischen 89 Milliarden Euro Steuergelder ausgegeben. Geld, das für eine ordentliche Rentenerhöhung gereicht hätte.

Andreas Harlaß, Direktkandidat für den Bundestag

Harlaß, 59, Dresdner, verheiratet, drei erwachsene Kinder, ist Landesvorstandsmitglied und Pressesprecher der AfD im Sächsischen Landtag sowie Ortschaftsrat in Cossebaude.



Antrag:

Zustellung des Gutachtens der Beraterfirma „Actori“ über die Finanzierung der Theater im Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien

Sehr geehrter Herr Landrat,
in den Medien konnte man letzte Woche entnehmen, dass ein Gutachten zur Finanzierung der Theater im Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien existiert. Dieses Gutachten sorgt derzeit vor allem am Görlitzer Theater für Unmut.
Die Untersuchungen der Münchner Beraterfirma Actori stellen auf 323 Seiten mehrere Einsparungsszenarien für die Bühnen in der Region zusammen.
Im Papier sollen sich Vorschläge wie die Fusionierung der Orchester des Sorbischen National-Ensembles und der Neuen Lausitzer Philharmonie, die Zusammenlegung der Schauspielsparten in Bautzen und Zittau – und das Ende der Görlitzer Musiktheater-Ensembles, finden.
Übrig bliebe ein Theater für eingekaufte Inszenierungen.
Können Sie uns bitte das Gutachten noch vor der nächsten Kreisausschusssitzung zukommen lassen.

Henry Nitzsche, Fraktionsvorsitzender

Landratsamt nebelt sich weiter ein – unliebsame Fragen werden nur noch nichtöffentlich beantwortet!

Vielen Bürgern unseres Landkreises ist in den letzten Corona-Monaten die Lebensgrundlage entzogen worden. Einkommenseinbußen oder vollständiger Gehaltsverzicht sind mittlerweile an der Tagesordnung. Gaststätten und Geschäfte mussten schließen. Die Inhaber warten teilweise bis heute auf versprochene Hilfsleistungen.

Was macht dagegen das Landratsamt? Man befördert eine Mitarbeiterin aus dem Jobcenter zur Büroleiterin des 1. Beigeordneten. Qualifikation hierfür: Der 1. Beigeordnete war ihr **Trauzeug**. Positiver Nebeneffekt dabei, ein Gehaltssprung um wohl mindestens 3 Gehaltsstufen auf ca. 6.000 Euro. Die vergleichbare Büroleiterin der Beigeordneten im Geschäftsbereich 2, Frau Andrea Kunath, kam auch aus dem Jobcenter. Nur leitete sie dort den Bereich Eingliederung mit 6 Standorten und mehreren hundert Mitarbeitern.

Weiter zu den Fakten: **Das Landratsamt bestreitet weiterhin**, von dem Ermittlungsverfahren gegen diese Mitarbeiterin überhaupt Kenntnis zu haben (siehe Beantwortung Anfrage AfD Fraktion 29.04.2021). **Eine nochmalige Nachfrage** wurde in den nichtöffentlichen Teil des Kreistages am 17.05. 2021 verwiesen.

Der Kreistags-Fraktion der AfD liegen allerdings Chat-Protokolle vor, in denen der 1. Beigeordnete, Udo Witschas, **bereits am 12. April vom Ermittlungsverfahren** gegen seine Büroleiterin in Kenntnis gesetzt wurde.

Die Bevölkerung des Landkreises hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie mit ihren Steuermitteln umgegangen wird, wie durch die Verwaltungsführung des Landratsamtes („Hochzeits“) Geschenke an Freunde und Bekannte vergeben werden, während viele Menschen in unserem Landkreis weiterhin um ihre Existenz kämpfen.

Henry Nitzsche, Fraktionsvorsitzender

Lasst mich atmen

Lustig fliegt das Haar im Wind,
welch aufgewecktes, frohes Kind,
acht Jahre alt und sehr geschickt...
Es war einmal...vor langer Zeit...

Wissbegierig, stets am Lachen,
es konnte auch mal Blödsinn machen,
mit Freunden toben, rennen, springen,
gemeinsam lauthals Lieder singen.

An frischer Luft die Freiheit spüren,
off'ne Arme, off'ne Türen,
vor allem auch ein off'ner Geist,
den es heut zu zähmen heißt...

Denn was die Kindheit ausgemacht,
wurde nun zur Ruh' gebracht...
Die Welt da draußen ist ein Graus
und alle seh'n so gruslig aus.

Gefahr, sie lauert überall,
den Schwachen bringt sie schnell zu Fall.
Drum lernt man nun in Kindertagen,
Verantwortung bewusst zu tragen.

An sich ist das ein gutes Ziel,
doch für Kleine viel zu viel...
Überfordert, voller Sorgen,
große Angst vor'm nächsten Morgen.

So wurde aus dem Wirbelwind,
ein depressives, stilles Kind...
Und wenn es in der Schule spricht,
mit der Maske vor'm Gesicht...

kann man in den Augen seh'n,
wie sich die Gedanken dreh'n...
Furcht und Sorgen, Not und Leid,
die Kindheit trägt ein graues Kleid.

Auch wenn's die kleinen Seel'n erschlug,
es ist noch immer nicht genug...
Willkommen in der nächsten Phase,
mit einem Stäbchen in der Nase!

Gesundheit darf man nicht vertrau'n,
nein, wir sollten lieber schau'n,
ob nicht vielleicht und irgendwann,
man etwas Schlimmes finden kann.

Hat wirklich keiner dran gedacht,
was das mit den Kindern macht???
Es wird sich in der Zukunft zeigen,
worüber alle lieber schweigen!

Acht Jahre alt, so sitz ich hier,
schreib meine Träume auf Papier...
Lasst mich atmen, lasst mich sprechen...
Das ist mein Recht und kein Verbrechen!

(Verfasser unbekannt, April 2021)

Berichtsantrag zur Umsetzung des am 07.12.2020 mehrheitlich gefassten Beschlusses:

[TO] 8. Sitzung des Kreistages Bautzen –
Stadthalle Krone, Steinstraße 9, 02625 Bautzen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt im Sächsischen Landkreistag für ein einheitliches Vorgehen aller Landräte hinsichtlich der Wolfsproblematik zu werben.

Ziel ist es, das Thema „Wolf“ bei der Staatsregierung des Freistaates prioritär zu platzieren und gemeinsam mit der Bundesregierung eine Statusänderung für den Wolf von Anhang IV „streng geschützt“ zu Anhang V „bedingt geschützt“ der FFH-Richtlinie zu erwirken. Damit wäre eine planbare Regulierung der Wolfsbestände möglich.

Außerdem soll darauf hingewirkt werden, dass ins Jagdrecht der

Ausnahmetatbestand der selektiven und streng kontrollierten Entnahme von einzelnen Exemplaren, ohne dass damit Schäden verhindert werden, aufgenommen wird.

Ja-Stimmen: 53

Nein-Stimmen: 12

Enthaltung: 14

Der Landrat wird gebeten, im nächsten Kreistag über die Umsetzung des o.g. Beschlusses zu informieren. Dabei ist insbesondere der Ergebnisstand der Besprechungen mit den sächsischen Landräten, hier besonders der neben dem Landkreis Bautzen von der weltweit höchsten Wolfsdichte betroffenen Landkreises Görlitz, darzulegen. Der Ergebnisstand über die „prioritäre Platzierung“ des Themas Wolf bei der Sächsischen Staatsregierung sowie der Aufnahme ins Sächsische Jagdrecht gemäß Beschlusßantrag ist ebenfalls darzulegen.
Henry Nitzsche, Fraktionsvorsitzender

Mehr Herz für Tiere!

Die ehrenamtliche Tierheim-Chefin Renat S.* stöhnt auf: „Ich habe weder Platz noch Geld für Tierarzt und Futterkosten“, klagt sie. Jemand hatte ihr erneut eine verletzte Katze gebracht. So wie in der letzten Woche schon. „Wahrscheinlich angefahren“, sagt sie.

Wie Frau S. geht es vielen Helfern in Tierschutzvereinen. Sie leiden unter finanzieller Not. Kaum Unterstützung durch die öffentliche Hand stehen einer Vielzahl herrenloser Fundtiere oder Hunden und Katzen aus Qual-Haltungen gegenüber. Hinzu kommen veraltete, teils kaputte Gebäude, steigende Kosten durch unvermittelbare Tiere, die krank, zu alt oder verhaltensauffällig sind. Bekannte Zustände, ohne dass etablierte Parteien wirkungsvoll etwas unternehmen. „Für die AfD ist das Thema Tierschutz und Tierwohl kein Randthema“, sagt der Dresdner Bundestagskandidat, Andreas Harlaß. Zwar heißt es laut Artikel 20a des Grundgesetzes: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung...“, dennoch sind wir von einem tatsächlichen Tierschutz weit entfernt, wie die teils desolaten Lagen von Tierschutzvereinen belegen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Import von Hunden aus Ost- und Südeuropa nach Deutschland zum immer größeren Problem wird. Viele dieser „Importe“ wurden viel zu früh aus dem Wurf entfernt, sind weder geimpft, noch entwurmt. Sie sind oft krank und landen dann, weil die Besitzer sie krank nicht wollen, in Tierheimen.

Deutschlands Grenzen stehen aber offen wie Scheunentore. Tierschmuggler nutzen das aus. Die Lösung dieses Problems kann also nur lauten: Grenzkontrollen wieder einführen und die meist ehrenamtlich arbeitenden Tierschutzvereine finanziell besser ausstatten. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Mehr Herz für Tiere sollten wir uns leisten.

*Name geändert

Andreas Harlaß,
Direktkandidat für den Bundestag



Andreas Harlaß, Direktkandidat für den Bundestag

Harlaß, 59, Dresdner, verheiratet, drei erwachsene Kinder, ist Landesvorstandsmitglied und Pressesprecher der AfD im Sächsischen Landtag sowie Ortschaftsrat in Cossebaude.

AfD fordert: Teilschulnetzplan aussetzen und überarbeiten



Mehrere Landkreise in Sachsen sind der Empfehlung der Staatsregierung zum Teilschulnetzplan für Berufsschulen nicht gefolgt und haben diesen abgelehnt. Darunter auch der Landkreis Bautzen.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag reichte nun einen entsprechenden Antrag (Drs.: 7/5950) ein: „Den ländlichen Raum nicht abhängen – Neufassung des Teilschulnetzplans Berufsschulen für ein Jahr aussetzen“

Dazu erklärt Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus Bautzen:



„Dass nicht alle Landkreise in Sachsen den Teilschulnetzplan mittragen, zeigt, dass er nicht ausgewogen ist und, gerade für uns im Landkreis Bautzen, nachteilig ist. Die negativen Auswirkungen in der Berufsschulbildung sind so gravierend, dass wir eine Aussetzung des Teilschulnetzplans Berufsschulen bis zum Beginn des Schuljahres 2022/23 fordern. Staatsregierung und Landkreise sollen sich nochmals ins Benehmen setzen, um eine für alle einvernehmliche Lösung zu erzielen. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass die bisherige Ausbildungsvielfalt in Bautzen zerstört wird. Wir brauchen im Landkreis Bautzen weiterhin breit aufgestellte Ausbildungsangebote.“

Staatliche Regierung und Landkreise sollen sich nochmals ins Benehmen setzen, um eine für alle einvernehmliche Lösung zu erzielen. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass die bisherige Ausbildungsvielfalt in Bautzen zerstört wird. Wir brauchen im Landkreis Bautzen weiterhin breit aufgestellte Ausbildungsangebote.“

AfD-Fraktion Cunewalde spendet für gemeinnützige Zwecke

Die AfD-Fraktion in Cunewalde möchte das Vereinsleben im Dorf unterstützen. Daher spenden die AfD-Gemeinderäte ihre gesamten Sitzungsgelder (Aufwandsentschädigungen) dieses Jahr an den „1. Dart Club Cunewalde e.V.“.

Die Gründung des Clubs erfolgte am 12.02.2019 mit 14 Dartspielern. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die Anzahl der Mitglieder auf 21 gestiegen. Die Mitglieder spielen in der „Oberlausitzer Dartliga“, aufgeteilt in 3 Mannschaften.

Heimstätte des Clubs ist das „Pilly Pally“ (ehem. Blumenhaus Schröter), welches mit großer Hingabe in Eigeninitiative umgebaut wurde. Der Name ist angelehnt an das Alexandra Palace in London (Alexandra Palace London), wo jährlich die Weltmeisterschaft der Professional Darts Corporation stattfindet. Im Zeitrahmen des Ligaplans werden auch eigene Turniere veranstaltet. An diesen kann jeder teilnehmen der gern Pfeile auf die Scheibe wirft. Bisher fanden die Turniere und das „Pilly Pally“ großen Zuspruch, was den Verein mächtig stolz macht!

Natürlich sind in einem neuen Verein viele Investitionen zu tätigen, wie zum Beispiel die Dartautomaten. Wir freuen uns, den Club mit einer Spende unterstützen zu dürfen.



Unser Land braucht
MITMACHER!

Mitläufer
gibt es schon
genug!

**Jetzt
Mitglied
werden!**

AfD

Jetzt AfD-Mitglied werden! www.jetztafd.de

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de

Blühende Landschaften – oder was der Lausitz blüht Folge 4

Damit unsere Leser im Wahljahr 2021 wissen, wohin die Reise mit den Altparteien geht, beackert die BLAUE POST BAUTZEN in vierter Folge die „Zukunftsfelder“ der Lausitz entsprechend des „Kernpapiers“ der „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ von der „Wirtschaftsregion Lausitz GmbH“. *Kursiv gestellt sind die Originalzitate.*

Land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Wertschöpfungsketten: Es wird ein Anreizsystem für standortangepasste Landbewirtschaftung geben. Standortanpassung, ist das neu für Bauern? Jetzt bekommen sie Zugang zu Innovationen und effizienter Technologie. Damit es alle im Dorf schön warm haben, schafft man Anreize für Biogasanlagen und eine intelligente Integration der Anlagen in die dörfliche Struktur, z. B. zur Fernwärmeversorgung. Herzensanliegen der „Entwicklungsstrategie“ ist die berufliche Weiterbildung der Bauern. Es gilt: *inhaltliche und didaktische Qualität zu steigern, u. a. durch stärkere Praxisbindung.* Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis zeigte bereits 1963 Walter Ulbricht beim VI. Parteitag der SED auf.

Den Lausitzer Waldbesitzern wird versichert: *Die Forstwirtschaft ist zukunftsfähig und krisenfest aufgestellt* (sh. Borkenkäfer). Trotzdem gilt: *Eigenverantwortung und Leistungsfähigkeit der Waldbesitzer*

stärken. Von „Eigenverantwortung im demokratischen Zentralismus“ sprach Walter Ulbricht auch schon. Weitere glanzvolle Reformvorschläge: *Clustermanagement und Netzwerke weiterentwickeln, Lausitz zur Bioenergieregion entwickeln, Biomasse schaffen, gezielte Waldmehrung, insbesondere zur Gestaltung von Waldrändern, System zur Besucherlenkung aufbauen, Förderung von Wolf, Elch, Luchs, Seeadler, Schwarzstorch und Fledertieren. Ganz wichtig: Langlebige Produkte für den Weltmarkt entwickeln.* Der Export von Wolfsrudeln bietet sich an. Es geht voran Genossen Bauern und Waldbesitzer!

Für die Teichwirte erfolgt die Etablierung eines Wissenschaftsclusters, ein Lausitzer Kompetenzzentrum für Aquakultur und Fischerei vereint Ausbildung, Monitoring, angewandte Forschung und Projektmanagement. Die Sicherung der traditionellen Karpfenteichwirtschaft als immaterielles Weltkulturerbe durch die UNESCO wird beschlossen. Schamvoll verschurbelt schreibt man vom weitgehenden Erhalt der Teichfläche in ihrer heutigen Ausprägung. Von den bürokratischen Knüppeldämmen, die die Teichwirte seit Jahren in Verzweiflung stürzen und zur Aufgabe zwingen, steht nichts in der „Entwicklungsstrategie“.

Peter Schulze, Kreisrat



Mallorca-Urlaub erlaubt – Camping in der Oberlausitz verboten

Die Corona-Vorschriften werden immer irrsinniger und wirtschaftsfeindlicher.

Während die Bundesregierung Auslands-Urlaube ermöglicht, ist es unseren heimischen Campingplatzbetreibern verboten, Gäste zu empfangen.

Dazu kommentiert Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus der Oberlausitz:

„Die Campingplatzbesitzer sind quasi mit Berufsverbot belegt, obwohl sie alle geforderten Hygienevorschriften umsetzen und von Campingplätzen keine Ansteckungsgefahr ausgeht.“

Der Irrsinn in den Vorschriften äußert sich z. B.

darin, dass Wohnmobile bis zu 10 Stunden auf öffentlichen Parkplätzen verweilen, jedoch auf Campingplätzen nicht übernachten dürfen.

Gerade die Frühjahrs- und Sommermonate sind die Haupteinnahmezeit dieser Branche. Dasselbe gilt für die Außengastronomie, Erlebnisparkanlagen, Zoos sowie andere Freizeiteinrichtungen.

Diese und andere Absurditäten müssen schnellstens beendet werden, damit sowohl Gäste als auch Betreiber Planungssicherheit haben und nicht länger um ihre Existenzen bangen müssen.“

Frank Peschel, Mdl

Die Stadt Pulsnitz muss ihre Haushaltsplanung überarbeiten

Stadtrat stimmte am 15.04.2021 der Vorlage nicht zu

Der Pulsnitzer Stadtrat sollte in seiner Sitzung am 15.04.2021 über den Jahreshaushaltsplan 2021 beschließen. Dieser wies im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 1.055.600 Euro auf und sieht für die Folgejahre bis 2024 negative Ergebnisse ähnlicher Größenordnung vor.

Warum? Der Haushalt ist davon geprägt, dass deutlich mehr ausgegeben werden soll als eingenommen wird. Spätestens 2024 sind die Rücklagen aufgebraucht und die Kassen leer.

Die Kosten der laufenden Verwaltung sind größer als die Einnahmen; konkret ist die „laufende Verwaltungstätigkeit“ aktuell um 550.000 Euro zu teuer. Hinzukommen 216.500 Euro für Zins und Tilgung aus einer aktuellen Gesamtverschuldung von 6,1 Mio. Euro, die nicht erwirtschaftet werden.

Die Personalkosten sind seit 2017 um 1,17 Mio. Euro bzw. 35,3% gestiegen und sollen bis 2024 um weitere 397.000 Euro auf 4,885 Mio. Euro steigen. Die ordentlichen Erträge stiegen dagegen lediglich um 6,4%.

Vom Stadtrat in den zurückliegenden Jahren bereits beschlossene Investitionsmaßnahmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro wurden bisher nicht realisiert.

Insgesamt ist die Stadt weit von einer soliden Haushaltsführung entfernt. Es droht die finanzielle und wirtschaftliche Handlungsunfähigkeit.

Zur Sitzung lagen daher Änderungsanträge von CDU und AfD vor. In dem Wissen, dass ein Teil der Kosten nicht durch eigenes Handeln beeinflussbar ist, ist es umso wichtiger, den beeinflussbaren Teil auf den Prüfstand zu stellen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde der Haushalt an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückverwiesen. AfD und Grüne befürworteten dies. Die Verwaltung zog daraufhin den Haushalt zurück und ist nun aufgefordert, den Haushaltsentwurf zu überarbeiten und neu vorzulegen.

Dr. Frank Hannawald, Stadtrat in Pulsnitz

Antrag: Akteneinsicht Erweiterungsbau Lessinggymnasium Kamenz



Aus Liebe zur Muttersprache!



Karsten Hilse
AfD



Alternative für Deutschland

www.afdbautzen.de

Sehr geehrter Herr Landrat, in der Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses am 03.05.2021 wurde das Thema „Erweiterungsbau Lessinggymnasium Kamenz“ von Frau Kreisrätin Förster (Die Linke) und von Kreisrätin Gneuß (AfD) thematisiert.

*Bei der Beantwortung der Fragen durch den zuständigen ersten Beigeordneten kamen allerdings erhebliche Zweifel an der vorgetragenen Informationskette auf. Deshalb beantrage ich im Namen der AfD Fraktion **vollständige Akteneinsicht** des gesamten Vorganges.*

*Mit freundlichen Grüßen
Henry Nitzsche,
Fraktionsvorsitzender*

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Königsbrück



Fast 25 km von Dresden entfernt liegt das „Tor zur Westlausitz“, die „Kameliengstadt“ an der Via Regia“.

1248 wurde die Stadt Königsbrück erstmals urkundlich erwähnt. Königsbrück entwickelte sich in enger Verbindung mit der Via Regia/ Hohe Straße.

An der Landesgrenze wurde ein königlicher Zoll erhoben. 1331 erhielt Königsbrück seine Stadtrechte.

Das Stadtwappen stammt aus dem Jahr 1556. Erkennbar ist eine goldene Brücke mit drei Bögen und sieben Zinnen über braunem Grund. Über der Brücke schwebt eine goldene Blätterkrone.

Diese weist auf die königlich-böhmische Gründung der Stadt hin. Am Gründungsort führte eine Brücke über die Pulsnitz, welche mit einer königlichen Zollstelle verbunden war.

Quelle: Wikipedia

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda